

Zauberlehrlinge, oder: Die List der (Un-)Vernunft in den internationalen Beziehungen

Eine Replik auf Zürn et al.

Dieser Forumsbeitrag setzt sich mit dem Aufsatz von Michael Zürn et al. unter drei Gesichtspunkten auseinander: der Thematisierung des realhistorischen Bezugs, dem potenziellen Beitrag zur Theoriebildung und der Einbindung des Forschungsvorhabens in die von ihm zu analysierende gesellschaftliche Praxis. Der Fokus auf die Dynamik politischer Steuerung, deren nichtintendierte Folgen (Politisierung) und die damit wiederum einhergehenden Ausdifferenzierungsprozesse ist vielversprechend, wirft aber eine Reihe von Fragen auf, die die Subsumtion der Weltverhältnisse unter die Steuerungsproblematik, die Konstruktion von Aktions-Reaktionsmustern mit Hilfe der Politisierungsthese und den Begriff der Politisierung selbst betreffen. Was die Theoriebildung betrifft, so führt das Forschungsprogramm den Denationalisierungsansatz unter Bezug auf weltgesellschaftliche Handlungszusammenhänge weiter, blendet dabei jedoch laufende Überlegungen zum Begriff der Weltgesellschaft weitgehend aus. Das Forschungsprogramm enthält sich jeder normativen Bewertung der von ihm zu untersuchenden Auseinandersetzungen um eine normativ anspruchsvolle Ordnung, ohne zu reflektieren, dass es selbst Teil dieser Auseinandersetzungen ist.

1. Einleitung

Gegenstand der Überlegungen von Michael Zürn, Martin Binder, Matthias Ecker-Ehrhardt und Katrin Radtke in dieser Ausgabe der *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* ist die Dynamik politischer Steuerung auf staatenübergreifender Ebene (Zürn et al. 2007). Anfängliche Erfolge, so wird argumentiert, könnten nichtintendierte Folgewirkungen haben, die mit der Ausdifferenzierung der Ebenen politischer Steuerung nach oben (supranationale Ebene) und nach unten (transnationale Ebene) beantwortet werden. Die Ausdifferenzierung geht mit einer zunehmenden Eingriffstiefe der Steuerung in die gesellschaftlichen Verhältnisse einher, was wiederum zur Politisierung der Institutionalisierungsprozesse führt. Im Ergebnis werden Instrumente der Politik (staatenübergreifende Arrangements) zu neuen Rahmenbedingungen (Institutionen) führen, die ihrerseits neue Anpassungswänge hervorbringen: Der Zauberlehrling ist halb Meister, halb Objekt des Besens, den er gerufen hat, um ihm zu Diensten zu sein, und er sieht sich gezwungen, immer mehr Besen herbeizurufen, um die nichtintendierten Folgen seines Tuns unter Kontrolle zu halten.

Das klingt plausibel – so plausibel sogar, dass man sich unwillkürlich auf die Suche nach versteckten Ecken und Kanten, nach Ungereimtheiten und Widerborsitigkeiten der Argumentation macht, an denen man sich abarbeiten könnte. Ich will diese Suche anhand von drei Fragen unternehmen:

(1) Inwieweit werden hier Entwicklungen der Weltpolitik angesprochen, die erklärensbedürftig sind (internationale Beziehungen)? (2) Inwieweit wird ein neuer Modus der Beobachtung dieser Entwicklungen entfaltet (Internationale Beziehungen)? (3) Was bedeutet der hier entfaltete Beobachtungsmodus für die Selbstbeobachtung der Wissenschaft als gesellschaftliche Praxis?

2. Was gibt es Neues und bedarf der Erklärung?

Die Frage nach dem Neuen in den internationalen Beziehungen klingt vertraut. Sie war in den 1990er Jahren Gegenstand eines leidenschaftlichen Streites über die Einschätzung der Weltverhältnisse nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und inmitten einer heißlaufenden Phase der Globalisierung. Die einen behaupteten bekanntlich die Kontinuität der internationalen Beziehungen als Staatenpolitik, prophezeiten eine Entwicklung zurück in die Zukunft (Mearsheimer 1990) und subsumierten alles, was in diese Sicht nicht hineinpasste, unter einen weitgefassten Begriff des Westfälischen Systems (Krasner 1995). Die anderen beharrten demgegenüber darauf, dass das Westfälische System in Turbulenzen geraten sei (Rosenau 1990) und zu zerbröseln beginne (Zacher 1992), der Nationalstaat auf dem Rückzug sei (Strange 1996), Staatlichkeit sich tiefgreifend wandle (Grande 1997; Messner 1998; Soerensen 2001), die Staatenwelt sich entgrenze (Albert 1998; Kohler-Koch 1998) und die internationalen Beziehungen in eine Phase der globalen Vergesellschaftung eingetreten seien (Forschungsgruppe Weltgesellschaft 1995; Jung 2001). Zürn steuerte damals zusammen mit seiner Bremer Forschungsgruppe (Beisheim et al. 1999; Zürn 1998) die Idee der »Denationalisierung« aller Lebensverhältnisse bei, die einen Aspekt der Entgrenzung, die absolute und relative Zunahme transnationaler Verflechtungsprozesse, für empirisch fundierte Analysen öffnete.

Mit dieser Sichtweise der Entwicklung verbanden die normativ ansetzenden Zeitgenossinnen und -genossen die Erwartung, dass die historische Erfahrung einer Zivilisierung der Sozialbeziehungen in den europäischen Staaten auch für die internationale Politik relevant werden könne – wenn nicht als direkte Vorlage für eine Globalisierung des zivilisatorischen Prozesses, so doch als Ermutigung, diese Idee über den Staat hinaus weiterzudenken (Senghaas 1995; Czempiel 1997) und dabei auch die Möglichkeit einer globalen »Governance without government« (Rosenau/Czempiel 1992; Kohler-Koch 1993; Rittberger 1995) und einer Demokratisierung der internationalen Politik in den Blick zu nehmen (Held 1995; Schmalz-Brunn 1999).

Angesichts der »Verfassungskrise« der EU, der vielfältigen Funktionsstörungen von Internationalem Währungsfond (IWF), Weltbank und Welthandelsorganisation (WTO), angesichts eines neu sich abzeichnenden Wettrüstens und einer bestenfalls selektiven Friedenssicherung im Rahmen der Vereinten Nationen erscheinen die Thesen jener, die in den 1990er Jahren auf eine zivilisierende Transformation der internationalen Beziehungen setzten, inzwischen als ziemlich kühn. Das Vertrauen in die Selbstaufklärung der Staatenwelt (Habermas 1996) schwindet; die Debatte über Zivilisierung und Demokratisierung der internationalen Beziehungen ist einer Debatte über imperiale Weltpolitik auf der einen Seite (Münkler 2005; Jaberg/Schlotter 2005),

über den Krieg (Knöbl/Schmidt 2000; Geis 2006) und die Antinomien des Demokratischen Friedens (Müller 2004) auf der anderen gewichen. Wieder einmal stellt sich die Frage: »World Politics: Quo Vadis?« (Kugler 2006; vgl. Senghaas 1994).

Der Schachzug der vorliegenden forschungsprogrammatischen Überlegungen besteht darin, die neueste Entwicklung der internationalen Beziehungen nicht einfach als erneute Trendwende oder als Bestätigung staatenfixierter Deutungsmuster zu werten, sondern den Versuch zu unternehmen, sie in den Analyseansatz, der mit dem Denationalisierungsprojekt der 1990er Jahre formuliert wurde, einzubauen und damit die früheren Überlegungen zum »Regieren jenseits des Nationalstaates« (Zürn 1998) weiterzuführen. Besonders wichtig erscheint mir in diesem Zusammenhang, dass

- die Internationalisierung und Ausdifferenzierung politischer Steuerung als *langfristiger* Prozess verstanden wird, der zwar nicht linear verläuft, aber über alle Diskontinuitäten hinweg doch als Strukturierungsprozess gedeutet werden kann;
- dieser Strukturierungsprozess nicht als Produkt eines zielgerichteten politischen Willens thematisiert wird, sondern als Entwicklung, die sich hinter dem Rücken der Handelnden vollzieht;
- in Verbindung damit die Pfadabhängigkeit der Internationalisierung politischer Steuerung angesprochen wird, die sich darin zeigt, dass die erfolgreiche Internationalisierung über ihre nichtintendierten Folgewirkungen die Bedingungen ihrer supra- und transnationalen Ausdifferenzierung schafft;
- diese Ausdifferenzierung mit der Herausbildung einer (kritischen) Öffentlichkeit in Zusammenhang gebracht wird, aus der heraus in dem Maße, in dem die Eingriffstiefe staatenübergreifender Steuerung steigt, von verschiedenen Gruppen (rivalisierende) Ansprüche auf Repräsentanz in der institutionalisierten Weltpolitik geltend gemacht werden und schließlich
- die Gesamtentwicklung unter dem Gesichtspunkt der Ordnungsstiftung betrachtet wird, also der wachsenden Bedeutung, die der Bearbeitung von Legitimationsanforderungen an politische Steuerung zukommt – damit geraten zwar die Zauberlehrlinge der politischen Steuerung in Not, es wird aber trotzdem gefeiert (und nicht bloß Chaos gestiftet).

Die empirischen Illustrationen des Projektpapiers bieten Anhaltspunkte dafür, dass diese Sichtweise der Entwicklung interessante Ausschnitte des gegenwärtigen Weltgeschehens in einen Zusammenhang bringen kann. Insofern ist in der Tat eine produktive Weiterentwicklung der vorangegangenen Arbeit zum »komplexen Weltregieren« zu erwarten (wie diese ja auch den Regimeansatz weitergedacht hat). »Produktiv« heißt natürlich auch, dass die Argumentation nicht unwidersprochen bleiben sollte. In diesem Verständnis seien hier einige problematische Aspekte des Konzepts aufgeführt, aus denen sich weiter zu entfaltende Kontroversen ergeben könnten.

Das *erste* Problem besteht darin, dass die vorliegenden Überlegungen darauf hinauslaufen, einen engen Fokus der Analyse (nichtintendierte Folgen der Institutionalisierung) mit heuristischen Ambitionen zu verbinden, die sich ins Unendliche dehnen (Erklärung des gegenwärtigen Konfliktgeschehens in der Welt). In dem Bemühen, bisher (angeblich) getrennt Erörtertes als *einen* Prozess zu begreifen, wird potenziell alles in den Blick genommen, was nicht niet- und nagelfest ist, – vom Ter-

ratismus über humanitäre Interventionen bis zur Welthandelspolitik. Das ist zwar im Sinne einer Generierung von empirischen Einzelprojekten und damit der Schaffung von akademischen Qualifizierungsmöglichkeiten günstig, wirft aber die Frage auf, ob sich Nichtregierungsorganisationen und Terrornetzwerke, Normunternehmer und Gewaltunternehmer, multinationale Konzerne und organisierte Kriminelle in vergleichbarer Weise dem hier thematisierten Prozess der Institutionalisierung und Ausdifferenzierung politischer Steuerung auf staatenübergreifender Ebene und den damit verbundenen Exklusionsmustern zuordnen lassen. Können alle diese Aktivitäten der doch sehr unterschiedlichen Gruppen unter den Kampf um eine normativ anspruchsvolle Ordnung, die sich im Übergang von einem exklusiven Multilateralismus zu einer inklusiven politischen Steuerung erfüllen würde, subsumiert werden?

Im Text ist von der Logik der kapitalistischen Weltwirtschaft die Rede. Wenn das ernst gemeint ist, wäre zu fragen, inwieweit die »(welt-)gesellschaftlichen Dynamiken«, die die »Nachkriegsinstitutionen« laut Zürn et al. (2007: 130, meine Hervorh.) hervorgerufen haben sollen, nicht eher durch Konflikte angestoßen worden sein könnten, die der Logik der kapitalistischen Weltwirtschaft entspringen (wobei der exklusive Multilateralismus dann nur ein Sekundärphänomen wäre). Für die gegenwärtige Situation wäre zu fragen, ob die Politisierung politischer Steuerung nicht eher der besonderen Stellung der USA als einziger verbliebener Supermacht auf der einen Seite und der Logik fundamentalistischer Mobilisierung im Kontext ungleicher Entwicklung auf der anderen Seite zuzuordnen ist, als der Supra- und Transnationalisierung politischer Steuerung.

Natürlich bietet die Ausdifferenzierung staatenübergreifender Steuerung (also deren zunehmende gesellschaftliche Eingriffstiefe) Konfliktstoff. Der Kern des Problems besteht hierbei jedoch möglicherweise nicht darin, dass die Ausdifferenzierung der Steuerung zu deren Politisierung führt, sondern darin, dass wir es aufgrund weltgesellschaftlicher Politisierungsprozesse mit einer rasch fortschreitenden Ausdifferenzierung materieller Normen (Menschenrechte, Sozial- und Umweltstandards) zu tun haben, hinter der die Ausbildung kollektiver Handlungsfähigkeit (also prozeduraler Normen) zurückbleibt (Brock 1999a). Das Ergebnis ist, dass die materiellen Normen für einen selektiven Interventionismus instrumentalisiert werden können, was wiederum die Politisierung (im Sinne einer Skandalisierung des selektiven Interventionismus) weiter vorantreibt. Dieser Mechanismus hat vermutlich mehr zur Ausbreitung von Terrornetzwerken und der Einbeziehung der OECD-Welt in deren Aktivitäten beigetragen, als die Supra- und Transnationalisierung politischer Steuerung im Gefolge einer Denationalisierung von Problemlagen.

Damit zu einem *zweiten* Problem. Es betrifft die forschungsprogrammatische Verknüpfungen von Internationalisierung, Denationalisierung, Ausdifferenzierung der Steuerung und Politisierung. Abbildung 1 (Zürn et al. 2007: 139) suggeriert eine zeitliche Abfolge im Sinne eines Aktions- und Reaktionsschemas. Der Text verweist zwar auf Überlappungen, die im Schaubild als Grauzone erscheinen; darüber hinaus ist aber zu fragen, ob überhaupt von einer zeitlichen Abfolge in der Form des hier angebotenen Aktions-Reaktionsschemas die Rede sein kann. Meine Vermutung wäre, dass wir es mit der Gleichzeitigkeit von Internationalisierung, Denationalisierung,

Ausdifferenzierung und Politisierung in je spezifischen zeitlichen und sachbezogenen Zusammenhängen zu tun haben. Schließlich ist ja auch der transnationale Terrorismus nicht erst das Produkt der Ausdifferenzierung politischer Steuerung, sondern hat eine historische Dimension, die in die Hochzeit der »anspruchslosen« Internationalisierung und weit darüber hinaus zurückreicht (Mockaitis 2006). Wenn man diese Perspektive einnimmt, hat das Konsequenzen für den Blick auf die zukünftige Entwicklung. Zu erwarten wäre dann nicht eine Konstitutionalisierung *oder* Renationalisierung *oder* Institutionalisierung von Asymmetrie, sondern die Fortsetzung der Wechselwirkung zwischen den genannten Prozessen bei allerdings weiter zunehmender Komplexität der Gesamtverhältnisse, d. h. zunehmenden Regimekollisionen, fortschreitender Skandalisierung politischer Fehlsteuerungen und weiteren politischen Anpassungsprozessen an die sich daraus ergebenden normativen Anforderungen.

Zur Illustration: Die Rückbesinnung auf intergouvernementale Verfahren ist nicht nur eine Möglichkeit für die Zukunft. Auch in der Vergangenheit gehen Ausdifferenzierung und *Ent*differenzierung politischer Steuerung Hand in Hand. Man denke an das Gaullistische Ausscheren Frankreichs aus der militärischen Integration in der NATO, das Beharrungsvermögen des Intergouvernementalismus, das die gesamte Geschichte der europäischen Einigung durchzieht, oder das Insistieren der Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats auf dem Konsensprinzip, das in der Praxis zuweilen »hart« (in Form des Vetos), zuweilen »weich« (in Form der impliziten »Multilateralisierung« unilateraler Aktionen wie im Zweiten Golfkrieg oder im Kosovo-Krieg) praktiziert wird. Ähnlich verhält es sich mit der Konstitutionalisierung des Völkerrechts. Sie stellt nicht nur eine mögliche Reaktion auf die Politisierung politischer Steuerung dar, sondern treibt diese selbst voran, wie vor allem im Menschenrechtsbereich ersichtlich ist (Fischer-Lescano 2005; Fischer-Lescano/Liste 2005).

Damit kommt ein *drittes* Problem in den Blick: der hypothetische Übergang von einer anspruchslosen zu einer anspruchsvollen normativen Ordnung. Dieser Sichtweise kann die These entgegengestellt werden, dass die UN-Charta bereits eine höchst anspruchsvolle Ordnung konstituiert. In der Charta sind Nichtintervention, Gewaltverbot, Selbstverteidigung und kollektive Friedenssicherung aufeinander abgestimmt. Das normativ Anspruchsvolle dieser Ordnung wird durch die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948, die beiden Menschenrechtspakte von 1966 und die Anerkennung einer »dritten Generation« der Menschenrechte im Verlaufe der 1980er Jahre unterstrichen. Mit guten Gründen könnte man sogar die These vertreten, dass die prekäre Balance zwischen Selbstbestimmung, Gewaltverbot, kollektiver Friedenssicherung, funktionaler Kooperation und der Ausdifferenzierung materieller Normen (vor allem auf dem Gebiet der Menschenrechte) die normativ anspruchsvollste Ordnung darstellt, die heute und auf absehbare Zeit auf der Tagesordnung der Weltpolitik steht. Unter dem Stichwort der Politisierung geht es also nicht um den Übergang zu einer normativ anspruchsvolleren internationalen Ordnung, sondern um den von Anfang an geführten Streit darüber, wer wie mit dieser Ordnung und mit welchen Folgen für den Weltfrieden und das Wohl der Menschheit umgeht.

Richtig ist allerdings, dass in diesem Streit die (seit eh und je bestehenden) gesellschaftlichen Ansprüche nicht nur durch die Staaten und ihre internationalen Organi-

sationen vermittelt werden, sondern die einschlägigen gesellschaftlichen Akteure sich in zunehmendem Maße auch auf internationaler Ebene direkt zu Wort melden. Diesen Sachverhalt *systematisch* zu berücksichtigen, ist ein Verdienst des vorliegenden Forschungsprogramms. Allerdings wäre aus der zunehmenden direkten Beteiligung nicht-staatlicher Akteure zu folgern, dass im Mittelpunkt nicht die Politisierung an sich steht, sondern der Wandel gesellschaftlicher Teilhabe an politischen Steuerungsprozessen. Denn auch die »klassische« internationale Steuerung (exklusiver Multilateralismus) vollzog sich natürlich nicht abgelöst von politisch artikulationsfähigen gesellschaftlichen Ansprüchen auf Repräsentanz, vielmehr trugen diese Ansprüche zur Begründung der Pfadabhängigkeit des Institutionalisierungsprozesses als exklusiver Multilateralismus bei – nichts anderes besagt ja der Hinweis auf die »Logik der kapitalistischen Wirtschaft« (Zürn et al. 2007: 131).

Es bietet sich dementsprechend an, das Abfolgeschema (Zürn et al. 2007: 139, Abbildung 1) nicht als *Abbildung*, sondern als heuristisches Instrument zu verstehen, das dazu dient, Ansatzpunkte für die empirische Arbeit zu identifizieren, ohne dass damit die Komplexität der Zusammenhänge aus dem Blick verloren würde. Diese Komplexität (die Gleichzeitigkeit der Prozesse in je spezifischen Handlungszusammenhängen) wäre dann bei der Auswertung der empirischen Forschung wieder in Rechnung zu stellen.

3. Inwieweit wird hier ein neuer Modus der Beobachtung globaler Entwicklungen eingeführt?

Das Vorhaben, das Konfliktgeschehen der Gegenwart unter dem Gesichtspunkt der Eigendynamik politischer Steuerungsprozesse auf staatenübergreifender Ebene zu betrachten, ist interessant und vielversprechend. Eigentlich genügt das. Aber es lohnen sich einige Nachfragen zum theoretischen Innovationspotential dieses Ansatzes. In der Erläuterung zu Abbildung 1 schreiben die Verfasser:

»Der Trend zur Supra- und Transnationalisierung ergibt sich unserer Auffassung nach im Zuge der gesellschaftlichen Denationalisierung und der damit verbundenen Denationalisierung der Problemlagen als mehr oder weniger *unbeabsichtigtes, indirektes Ergebnis* einer Vielzahl gewollter politischer Reaktionen auf wahrgenommene funktionale Anforderungen an internationale Institutionen« (Zürn et al. 2007: 137f, Hervorh. dort).

Mal abgesehen davon, dass hier Kausalitäten suggeriert, aber (wohl nicht ohne Grund) gleich wieder verwischt werden, zeichnen sich in der Formulierung doch die theoretischen Bausteine des Forschungsansatzes ab: Die *Pfadabhängigkeit* von Institutionalisierungsprozessen (nichtintendierte Folgen des selektiven Multilateralismus), der *subjektive (intendierte) Rationalismus* der Akteure (Bedeutung von Normen und Wahrnehmungen als Bestimmungsfaktor des politischen Handelns) und die Bedeutung des *objektiven Wandels* für die Wahrnehmung funktionaler Anforderungen an politische Steuerung (Wechselwirkung zwischen Denationalisierung von Problemlagen und spezifischen Formen der Internationalisierung politischer Steuerung). Das könnte man als historisch-soziologisch-funktionalistischen Institutionalismus bezeichnen. Die Autorengruppe selbst spricht von einem

»historischen Institutionalismus für die Analyse internationaler Beziehungen [...], der Macht und Interessen als Zentralkategorien internationaler Politik ernst nimmt, gleichzeitig für die Bedeutung von Normen und gesellschaftliche Akteuren offen ist und nicht zuletzt auf das Zusammenspiel von Struktur und Akteur angesichts eines erheblichen Anteils nichtintendierter Nebenfolgen abhebt« (Zürn et al. 2007: 141).

Das heißt, dass die forschungsprogrammatischen Überlegungen sich einer schnellen Zuordnung zu einem bestimmten theoretischen Ansatz (Institutionalismus, Rationalismus, Funktionalismus, Konstruktivismus) entziehen, was den Vorteil hat, die Entstehung von unproduktiven Pfadabhängigkeiten bei der externen Wahrnehmung des Ansatzes durch die verschiedenen epistemischen Gemeinschaften zu vermeiden. Insofern entspricht das einem allgemeinen Interesse, die eigene Argumentation vor hermetischen Kategorisierungen (also der gefürchteten »Schubladisierung«) zu bewahren.

So weit, so gut. Die breite Öffnung des eigenen Theoriebezugs kontrastiert aber mit einem auffälligen Desinteresse an einem ganzen Spektrum von wissenschaftlichen Arbeiten, die für das vorliegende Projekt eigentlich von Interesse sein müssten – also etwa Arbeiten zur Dynamik globaler Vergesellschaftungsprozesse (s. o.), zur Wechselwirkung zwischen globaler Vergesellschaftung und transnationaler Vergemeinschaftung (und damit zwischen Bürokratisierung und Politisierung auf internationaler Ebene, siehe World Society Research Group 2000; Buzan 2004; Bonacker/Weller 2006), zur Wechselwirkung zwischen Entgrenzungsprozessen und den daraus sich ergebenden neuen Grenzziehungen (Auflösung alter und Entstehung neuer Exklusionsmuster, siehe Albert et al. 2001; Brock 1999b), zur (ungleichmäßigen) Konstitutionalisierung des Völkerrechts auf der einen Seite, Regimekollisionen auf der anderen (Fischer-Lescano/Teubner 2006), zur globalen politischen Strukturbildung (Ougard/Higgott 2002; Albert/Stichweh 2007), zu den Konstitutionsbedingungen normativer Ordnungen (Deitelhoff 2006) oder zu den Antinomien globaler Ordnungsvorstellungen, die umso gewaltträchtiger werden können, je anspruchsvoller sie sich geben (Müller 2004; Geis et al. 2006).

Der vorliegende Ansatz wird zu einem nicht unerheblichen Teil als Selbstgespräch entfaltet oder – anders ausgedrückt – als Angebot für einen nur kurSORisch betrachteten akademischen »Markt«. Das könnte zur Folge haben, dass sich weniger Querverbindungen zu anderen Ansätzen auftun, als diesem Projekt für eine Optimierung seines innovativen Potenzials dienlich wäre. Ironischerweise führt offenbar auch die akademische Beschäftigung mit Entgrenzungssphänomenen zur Ausdifferenzierung von Forschungsansätzen, die sich auf den internen Diskurs konzentrieren und sich wechselseitig bestenfalls irritieren (aber nur selten darüber verständigen können, worüber sie sich streiten). Dieses Problem hat aber natürlich nicht nur das vorliegende Projekt; dieses Problem haben auch die anderen, die zu den hier angesprochenen Themen arbeiten. Das soll nicht heißen, dass der Ausdifferenzierung von epistemischen Gemeinschaften die Möglichkeit einer wirklichen Kumulation von Erkenntnissen entgegengestellt werden könnte. Auch die quantitative Kriegsursachenforschung, die auf eine solche Kumulation abzielte, hat die Erfahrung machen müssen, dass nur die Akkumulation empirischen Detailwissens möglich ist, während die großen Interpretationslinien der Geschichte so umstritten bleiben wie eh und je. Letztlich geht es darum, sich mit der eigenen Arbeit für einen akademischen Streit zu munitionieren, der immer wieder neu

zu führen ist. Es ist zu hoffen, dass dieser Streit, was den vorliegenden Ansatz betrifft, auch zustande kommt. Es dürfte sich nach allem, was vorliegt, lohnen.

4. *Was bedeutet der hier entfaltete Beobachtungsmodus für die Selbstbeobachtung der Wissenschaft als gesellschaftliche Praxis?*

Das große Problem der Realisten ist aus Sicht einer post-strukturalistischen Erkenntniskritik die *Reifikation* der Verhältnisse, die sie als extern vorgegeben zu analysieren meinen. Das große Problem der Post-Strukturalisten ist aus Sicht der Realisten die Reifikation von Subjektivität, zu deren Aufdeckung sie angetreten sind. Den Mittelweg zwischen der Reifikation der Verhältnisse und der Reifikation von Subjektivität bildet möglicherweise der Versuch, die Welt in praktischer Absicht besser zu verstehen und dabei die wissenschaftliche Analyse als gesellschaftliche Praxis zu reflektieren. Wenn das ein Mittelweg ist, dann ist er allerdings ziemlich breit, und weil er so breit ist, kann man auch davon ausgehen, dass sich das vorliegende Projekt auf diesem Mittelweg befindet. Eine praktische Absicht mit reflexivem Unterton kann dem Projekt jedenfalls insofern unterstellt werden, als es hier um die Dynamik politisch anspruchsvoller Ordnungsbildung geht. Das Projekt müsste sich allerdings aufgrund seiner ganzen Anlage selbst als Bestandteil dieser Ordnungsbildung sehen, denn der akademische Diskurs spielt ja eine je nach Land verschiedene, aber insgesamt nicht unerhebliche Rolle bei der Formulierung dessen, was jeweils als (anspruchsvolle) normative Ordnung gelten soll. Das zu reflektieren, müsste Teil der Forschungsaufgaben sein, die sich im vorliegenden Projektzusammenhang stellen – nicht trotz, sondern gerade wegen der Gefahr der Ideologisierung (Fuchs/Zürn 2006: 252), der natürlich auch diejenigen unterliegen, die für sich in Anspruch nehmen, ideologiefrei zu sein. Im Fazit des vorliegenden Beitrages heißt es:

»Ob die skizzierten Widerstände eine Rückkehr zur zwischenstaatlichen Ordnung, die Institutionalisierung von Ungleichheit in den internationalen Beziehungen oder eine konstitutionell und normativ fundierte Ordnung jenseits des Nationalstaates zur Folge haben, wird sich erweisen müssen« (Zürn et al. 2007: 160).

Diese Formulierung ist ziemlich bescheiden – so bescheiden, dass man nicht glauben mag, dass sie ernst gemeint ist. Müssten sich aus dem Projekt heraus nicht Antworten auf die Frage ergeben, unter welchen Bedingungen welche Alternative wahrscheinlicher ist als die anderen? Das Projektpapier reflektiert die Bedingungen, unter denen es eher zu einer Transnationalisierung als zu einer Supranationalisierung der politischen Steuerung kommt (und umgekehrt). Damit weist es sich selbst einen Weg, der einzuschlagen wäre, um in die offenen Enden der Argumentation methodisch kontrolliert einige Knoten zu binden. Stattdessen brechen hier Pfadabhängigkeiten plötzlich ab und eindirektionale (wenn auch optisch im Zickzackkurs verlaufende) Dynamiken lösen sich in Mehrdeutigkeiten auf. Da hätte man doch gerne über die Benennung *denkbarer* Entwicklungen hinaus einen Clou, in welche Richtung die bis 1945 und darüber hinaus zurückverfolgte Dynamik heute unter den Bedingungen der Politisierung weist. Liefert der vorliegende Analyseansatz nicht (klammheimlich) Argumente für eine Fortsetzung des *business as usual*, indem er die institutionalisierte Asymmetrie als einzig realisti-

sche Erwartung herausstellt?¹ Deshalb noch einmal: Welche Rolle spielen Forschungsprojekte der vorliegenden Art in Politisierungsprozessen der analysierten Art? Es wäre viel erreicht, wenn sie die politischen Akteure zur Selbstbeobachtung hinsichtlich nichtintendierter Folgen des eigenen Tuns provozierten. Aber zu diesen politischen Akteuren gehören auch die Forschungsteams, die den Akteuren »da draußen« eine spezifische Lesart ihres Tuns zu vermitteln trachten. Auch sie sind Zauberlehrlinge.

Literatur

- Albert, Mathias* 1998: Entgrenzung und Formierung neuer politischer Räume, in: Kohler-Koch 1998, 49-76.
- Albert, Mathias/Jacobson, David/Lapid, Yosef* (Hrsg.) 2001: Identities, Borders, Orders: Rethinking International Relations Theory, Minneapolis, MN.
- Albert, Mathias/Stichweh, Rudolf* (Hrsg.) 2007: Weltstaat und Weltstaatlichkeit. Beobachtungen globaler Strukturbildung, Wiesbaden.
- Beisheim, Marianne/Dreher, Sabine/Walter, Gregor/Zangl, Bernhard/Zürrn, Michael* 1999: Im Zeitalter der Globalisierung? Thesen und Daten zur gesellschaftlichen und politischen Denationalisierung, Baden-Baden.
- Bonacker, Thorsten/Weller, Christoph* (Hrsg.) 2006: Konflikte der Weltgesellschaft. Akteure, Strukturen, Dynamiken, Frankfurt a. M.
- Brock, Lothar* 1999a: Normative Integration und kollektive Handlungskompetenz auf internationaler Ebene, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 6: 2, 323-348.
- Brock, Lothar* 1999b: Observing Change, Re-Writing History, in: Millennium: Journal of International Studies (Special Issue on Territorialities, Identities, and Movement in International Relations) 28: 3, 483-498.
- Buzan, Barry* 2004: From International to World Society? English School Theory and the Social Structure of Globalization, Cambridge.
- Czempiel, Ernst-Otto* 1997: Alle Macht dem Frieden, in: Senghaas, Dieter (Hrsg.): Frieden machen, Frankfurt a. M., 31-47.
- Deitelhoff, Nicole* 2006: Überzeugung in der Politik. Grundzüge einer Diskurstheorie internationalen Regierens, Frankfurt a. M.
- Fischer-Lescano, Andreas* 2005: Globalverfassung. Die Geltungsbegründung der Menschenrechte, Weilerswist.
- Fischer-Lescano, Andreas/Teubner, Philip* 2005: Völkerrechtspolitik. Zu Trennung und Verknüpfung von Politik und Recht der Weltgesellschaft, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 12: 2, 209-250.
- Fischer-Lescano, Andreas/Teubner, Gunther* 2006: Regime-Kollisionen. Zur Fragmentierung des globalen Rechts, Frankfurt a.M.
- Forschungsgruppe Weltgesellschaft* 1995: Weltgesellschaft. Identifizierung eines Phantoms, in: Politische Vierteljahresschrift 37: 1, 5-26.
- Fuchs, Susanne/Zürrn, Michael* 2006: Kosmopolitismus als Großtheorie?, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 13: 2, 247-254.
- Geis, Anna* (Hrsg.) 2006: Den Krieg überdenken, Baden-Baden.

1 An anderer Stelle wird ausdrücklich so argumentiert: In einer Zusammenfassung der hier diskutierten Argumentation schreibt Zürrn (2007: 31), es solle »keinesfalls normativ Partei für eine institutionalisierte Ungleichheit ergriffen werden«, vielmehr werde »konzeptionell und empirisch argumentiert«, dass wir uns »möglicherweise [...] weder auf dem Weg zu einem amerikanischen Imperium noch auf dem Weg zu einer Konstitutionalisierung des Völkerrechts, sondern auf einem dritten Wege [befinden], der Elemente beider Szenarien beinhaltet. Like it or not.« Mit dem dritten Weg ist die institutionalisierte Ungleichheit als rechtlich stratifiziertes Mehrebenensystem gemeint.

- Geis, Anna/Brock, Lothar/Müller, Harald* (Hrsg.) 2006: Democratic War: Looking at the Dark Side of Democratic Peace, Hounds Mills.
- Grande, Edgar* 1997: Abschied vom Nationalstaat? Entwicklungslinien moderner Staatlichkeit in Europa, in: *Leviathan* 24, 330-360.
- Habermas, Jürgen* 1996: Kants Idee des ewigen Friedens – aus dem historischen Abstand von zweihundert Jahren, in: Lutz-Bachmann, Matthias/Bohman, James (Hrsg.): Frieden durch Recht. Kants Friedensidee und das Problem einer neuen Weltordnung, Frankfurt a. M., 7-24.
- Held, David* 1995: Democracy and the Global Order: From the Modern State to Cosmopolitan Governance, Cambridge.
- Jaberg, Sabine/Schlotter, Peter* (Hrsg.) 2005: Imperiale Weltordnung – Trend des 21. Jahrhunderts?, Baden-Baden.
- Jung, Dietrich* 2001: The Political Sociology of World Society, in: European Journal of International Relations 7: 4, 443-474.
- Knöbl, Wolfgang/Schmidt, Gunnar* (Hrsg.) 2000: Die Gegenwart des Krieges. Staatliche Gewalt in der Moderne, Frankfurt a. M.
- Kohler-Koch, Beate* (Hrsg.) 1993: Die Welt regieren ohne Weltregierung, in: Böhret, Carl/Wever, Göttrik (Hrsg.): Regieren im 21. Jahrhundert, Opladen, 109-141.
- Kohler-Koch, Beate* (Hrsg.) 1998: Regieren in entgrenzten Räumen (PVS Sonderheft 29), Opladen.
- Krasner, Steven* 1995: Compromising Westphalia, in: International Security 20: 3, 115-51.
- Kugler, Jacek* 2006: World Politics: Quo Vadis?, in: International Studies Review 8: 4, 555-562.
- Mearsheimer, John* 1990: Back to the Future? Instability in Europe After the Cold War, in: International Security 15: 5, 5-56.
- Messner, Dirk* 1998: Die Transformation von Staat und Politik im Globalisierungsprozess, in: Ders. (Hrsg.): Die Zukunft des Staates und der Politik. Möglichkeiten und Grenzen politischer Steuerung in der Weltgesellschaft, Bonn, 14-43.
- Mockaitis, Thomas R.* 2006: The »New« Terrorism: Myths and Reality, Westport.
- Müller, Harald* 2004: The Antinomy of Democratic Peace, in: International Politics 41: 4, 494-520.
- Münkler, Herfried* 2005: Imperien. Die Logik der Weltherrschaft vom antiken Rom bis zu den USA, Berlin.
- Ougard, Morten/Higgott, Richard* (Hrsg.) 2002: Towards a Global Polity, New York, NY.
- Rittberger, Volker* 1995: Über die Friedensleistung internationaler Regime, in: Senghaas, Dieter (Hrsg.): Den Frieden denken, Frankfurt a. M., 341-362.
- Rosenau, James N.* 1990: Turbulence in World Politics, Brighton.
- Rosenau, James N./Czempiel, Ernst-Otto* (Hrsg.) 1992: Governance Without Government, Cambridge, MA.
- Schmalz-Bruns, Rainer* 1999: Deliberativer Supranationalismus. Demokratisches Regieren jenseits des Nationalstaates, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 6: 2, 185-244.
- Senghaas, Dieter* 1994: Wohin driftet die Welt?, Frankfurt a. M.
- Senghaas, Dieter* 1995: Frieden als Zivilisierungsprojekt, in: Ders. (Hrsg.): Den Frieden denken, Frankfurt a. M., 196-225.
- Sørensen, Georg* 2001: Changing Statehood: The Transformation of International Relations, Basingstoke.
- Strange, Susan* 1996: The Retreat of the State: The Diffusion of Power in the World Economy, Cambridge.
- World Society Research Group* 2000: Introduction: World Society, in: Albert, Mathias/Brock, Lothar/Wolf, Klaus Dieter (Hrsg.): Civilizing World Politics: Society and Community Beyond the State, Boulder, CO, 1-18.
- Zacher, Marc* 1992: The Decaying Pillars of the Westphalian Temple: Implications for International Order and Governance, in: Rosenau/Czempiel, 58-101.
- Zürn, Michael* 1998: Regieren jenseits des Nationalstaates, Frankfurt a. M..
- Zürn, Michael* 2007: Neue Wege der Weltordnung. Jenseits von Global Governance und Empire (WZB-Mitteilungen 115), Berlin, 28-31.
- Zürn, Michael/Binder, Martin/Ecker-Ehrhardt, Matthias/Radtke, Katrin* 2007: Politische Ordnungsbildung wider Willen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 14: 1, 129-164.